

**Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen**

**N i e d e r s c h r i f t**

**Gremium: Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen - öffentlich**  
**Sitzungstermin: Montag, 10.03.2025**  
**Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede**  
**Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:18 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

**Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

**TEILNEHMERVERZEICHNIS**

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Tim Kammer CDU

**ordentliche Mitglieder**

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Dierk von Essen CDU

Herr Dennis Eike SPD

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

Herr Tobias zum Buttel SPD

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Dirk Bakenhus UWG

**Ehrenratsmitglieder**

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

**Verwaltung**

Herr Günther Henkel

Herr Franz Lucassen

Herr Sönke Würdemann

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

**Gäste**

Frau Ina Rehfeld vom Planungsbüro NWP

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Frau Silvia Heinemann SPD

Herr Timo Merten parteilos

sowie 32 weitere Zuhörer

**VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Aufnahme des Tagesordnungspunkts "Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2022" - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 2025/040
- 6 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 23 "Hankhausen"  
Vorlage: 2024/203
- 7 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Göhlenwiesen“  
Vorlage: 2024/206
- 8 1. Änderung des Bebauungsplans 63 E  
Vorlage: 2024/178
- 9 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 - Fabrikweg  
Vorlage: 2025/034
- 10 Deckenprogramm 2025  
Vorlage: 2025/038
- 11 Antrag "Stolpersteine"  
Vorlage: 2025/037
- 12 Überarbeitung Standortkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Antrag der CDU-Fraktion  
Vorlage: 2024/202
- 13 Anfragen und Hinweise
- 14 Einwohnerfragestunde
- 15 Schließung der Sitzung

**Tagesordnungspunkt 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 17:00 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 2**

**Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

**Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 3**

**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.02.2025**

**Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen vom 25.02.2025 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**Tagesordnungspunkt 4**

**Einwohnerfragestunde**

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen einige Anfragen einer Einwohnerin, die vom Ersten Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Zeitpunkt des Antrags „Stolpersteine“
- Beteiligung der AG „Für den Frieden“ am Projekt „Stolpersteine“
- Broschüre aus den 1980er Jahren zur Rasteder NS-Vergangenheit
- Zustand und Standort des Denkmals „Displaced Persons“ in Hahn

## **Tagesordnungspunkt 5**

**Aufnahme des Tagesordnungspunkts "Einzelhandels- und Zentrenkonzept 2022" - Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
**Vorlage: 2025/040**

### **Sitzungsverlauf:**

Herr Hoffmann stellt eingangs noch einmal umfassend seinen eingereichten Antrag vor und weist insbesondere darauf hin, dass in zahlreichen Gesprächen unter Beteiligung von Vertretern der politischen Gremien, der Genehmigungsbehörden, Planungsbüros sowie dem Niedersächsischen Fachministerium der Sachverhalt deziert erörtert wurde und letzte offene Fragen im Sommer/Herbst 2024 von der Verwaltung geklärt wurden, sodass keine substantiellen Gründe vorliegen, die eine weitere Verschiebung rechtfertigen. Vor diesem Hintergrund spricht er sich noch einmal dafür aus, jetzt die Thematik zu beraten und eine Beschlussfassung im Rat am 18.03.2025 vorzubereiten.

Herr Segebade weist darauf hin, dass er von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Vorwerk Gartenwelt vor der Sitzung ein Schreiben mit einer Unterschriftenliste erhalten hat. Er bittet die Verwaltung, das Schriftstück als Anlage zur Niederschrift zu nehmen.

Herr Segebade betont hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Hoffmann, dass die unterschiedlichen Darstellungen der Fachbehörden, der Gutachter und der Fachanwälte für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder eine sehr anspruchsvolle Lektüre darstellt, die außerordentlich schwer zu bewerten ist. Er legt dar, dass das Ergebnis der Beratungen für alle Beteiligten klar und zielführend sein muss, sodass es Anspruch der SPD-Fraktion ist, mit entsprechender Gründlichkeit die Thematik anzugehen, um eine falsche Weichenstellung zu verhindern. Um nicht die gleichen Fehler wie einige Umlandkommunen zu machen, sollten vorab noch Fragen und Probleme geklärt werden, um die Tür für eine städtebauliche Entwicklung des Standorts am Hirschor offen zu halten. Er beantragt für die heutige Sitzung „Nichtbefassung“ und die abschließende Beratung und Beschlussfassung über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept nach entsprechender Vorbereitung im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen in der Ratssitzung am 30.06.2025 vorzunehmen.

Es folgen einige Wortmeldungen, woraufhin Herr Henkel zu verstehen gibt, dass entsprechend der Geschäftsordnung zunächst über den Antrag auf „Nichtbefassung“ abgestimmt werden muss.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Kammer über den Antrag auf „Nichtbefassung“ abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck, ob und inwieweit eine Klagewelle gegen das Einzelhandels- und Zentrenkonzept zu erwarten ist, bemerkt Herr Henkel, dass möglicherweise Klagen gegen eine Bauleitplanung zu erwarten wären, die nicht im Einklang mit dem Landesraumordnungsprogramm steht.

Herr Lehnert führt aus, dass sich analog zu den Ausführungen von Herrn Segebadé auch die CDU-Fraktion für eine Beschlussfassung im Juni 2025 ausspricht, jedoch heute die Chance nutzen möchte, die Beweggründe für die Vertagung zu erläutern. In diesem Zusammenhang gibt er unter anderem zu verstehen, dass die vorliegende Entwurfsfassung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts dem Standort Hirschtor keine Luft gibt, sodass die verbleibende Zeit genutzt werden sollte, an einer Perspektive für das Quartier am Hirschtor zu arbeiten, um der von der CDU-Fraktion favorisierten Grundidee „Konkurrenz belebt das Geschäft“ nachkommen zu können.

Im weiteren Verlauf verfestigen Herr Hoffmann, Herr Lehnert und Frau Lamers noch einmal die Argumente ihrer Fraktionen.

Herr Bakenhus bemerkt, dass es Aufgabe der Politik ist, die Wünsche der Bürger zu erfüllen, sodass es aus seiner Sicht richtig ist, zu versuchen, dem Investor für das Quartier am Hirschtor eine Perspektive aufzeigen zu können.

Im Anschluss lässt Herr Kammer über den weiterführenden Antrag von Herrn Segebadé, die abschließende Beratung und Beschlussfassung über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept nach entsprechender Vorbereitung im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen in der Ratssitzung am 30.06.2025 vorzunehmen, abstimmen.

**Beschluss:**

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept erfolgt nach entsprechender Vorbereitung im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen in der Ratssitzung am 30.06.2025.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

**Tagesordnungspunkt 6**

**7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 23 "Hankhausen"**  
**Vorlage: 2024/203**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Rehfeld vom Planungsbüro Nordwestplan stellt die aus dem Konzept zur verträglichen Innenentwicklung erwachsene 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 23 „Hankhausen“ noch einmal kurz vor. Darüber hinaus geht sie auf die in den Anlagen zu der Vorlage erläuterten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge ein und legt dar, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen die Änderung des Bebauungsplanes mit Begründungen sowie den örtlichen Bauvorschriften ohne Änderungen in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden kann.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen am 10.03.2025 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 23 mit Begründung sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 7**

**5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 „Göhlenwiesen“  
Vorlage: 2024/206**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Rehfeld vom Planungsbüro Nordwestplan stellt die aus dem Konzept zur verträglichen Innenentwicklung erwachsene 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 35 „Göhlenwiesen“ noch einmal kurz vor. Darüber hinaus geht sie auf die in den Anlagen zu der Vorlage erläuterten Anregungen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie die Abwägungsvorschläge ein und legt dar, dass auf Grundlage der vorliegenden Planungunterlagen die Änderung des Bebauungsplanes mit Begründungen sowie den örtlichen Bauvorschriften ohne Änderungen in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden kann.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen am 10.03.2025 berücksichtigt.
2. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 2 BauGB abgesehen.
3. Die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 35 mit Begründung sowie die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 8**

**1. Änderung des Bebauungsplans 63 E**  
**Vorlage: 2024/178**

**Sitzungsverlauf:**

Frau Rehfeld vom Planungsbüro Nordwestplan stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist, die Grundzüge der Planung vor, die sich an die Umgebungsbebauung und dem Konzept zur verträglichen Innenentwicklung orientieren.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 63 E „Wahnbek – Hohe Brink“ wird gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage geändert.
2. Dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans 63 E wird zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
4. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 9**

**Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 - Fabrikweg**  
**Vorlage: 2025/034**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Würdemann stellt eingangs noch einmal die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage vor und macht dabei insbesondere darauf aufmerksam, dass der Landkreis Ammerland eine Überplanung des Gebiets für nicht mehr notwendig erachtet, sodass das Verfahren zum Bebauungsplan 118 eingestellt und der vorhabenbezogene Bebauungsplan 7 aufgehoben werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erläutert Herr Henkel, dass die Kosten für die bisherige Planung und das nunmehr vorgesehene Aufhebungsverfahren auf Grundlage eines städtebaulichen Vertrags vom Grundstückseigentümer getragen werden.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

**Beschlussempfehlung:**

1. Das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 118 (Fabrikweg) wird eingestellt.
2. Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 (Fabrikweg) wird ein Aufhebungsverfahren eingeleitet. Die Verwaltung wird ermächtigt, insoweit die frühzeitige Beteiligung der Einwohner und der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 10**

**Deckenprogramm 2025**  
**Vorlage: 2025/038**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Lucassen fasst anhand einer Präsentation die wesentlichen Inhalte der Vorlage zusammen, wobei er darauf aufmerksam macht, dass trotz der Anhebung des Deckenprogramms auf 500.000 Euro die aktuelle Unterdeckung bei rund 1,5 Mio. Euro liegt und im Bereich des Straßenausbaus der Bedarf aufgrund der alten Abwassersysteme weiter wachsen wird.

Im weiteren Verlauf werden von Herrn Segebade und Herrn Dierk von Essen einige Verständnisfragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet.

Herr Dierk von Essen und im Nachgang auch Herr Segebade bitten darum, bei den aktuellen Baumaßnahmen durch Fremdfirmen in der Weidenstraße darauf zu achten, dass die Fahrbahn und die Berme wieder ordnungsgemäß hergerichtet werden, zumal gerade im Moorgebiet Schäden erst nach ein bis zwei Jahren festgestellt werden können.

Herr Dierk von Essen verlässt den Sitzungssaal, sodass nunmehr 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales anwesend sind.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Lucassen, dass mit der aktuellen Personalsituation nur die Maßnahmen umgesetzt werden können, die für den Haushalt 2025 angemeldet wurden.

Herr Hoffmann erklärt vor dem Hintergrund des Investitionsbedarfs für das Deckenprogramm in Höhe von 1,5 Mio. Euro, dass die vorhandenen Finanzmittel vorrangig für den Erhalt der Infrastruktur eingesetzt werden müssen, anstatt in freiwillige Maßnahmen wie die Ertüchtigung des Turnierplatzes.

**Beschlussempfehlung:**

Die in der Anlage 1 aufgeführten Straßen werden in dem bezeichneten Umfang im Rahmen des Deckenprogramms 2025 saniert.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 11**

**Antrag "Stolpersteine"**  
**Vorlage: 2025/037**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dierk von Essen betritt den Sitzungssaal, sodass nunmehr wieder 11 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend sind.

Herr Henkel erläutert eingangs noch einmal die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass aufgrund der öffentlichen Bedeutung seitens der Fraktionen der Wunsch geäußert wurde, dass die Beratungsfolge nicht - wie der üblichen Vorgehensweise entsprechend - im Verwaltungsausschuss endet, sondern im Rat.

Seitens der Fraktionen wird Zustimmung zum Beschlussvorschlag signalisiert und darauf hingewiesen, dass Wortbeiträge zum Themenkomplex in der Ratssitzung am 18.03.2025 erfolgen.

**Beschlussempfehlung:**

Dem Antrag auf Verlegung von Stolpersteinen wird grundsätzlich zugestimmt. Dies gilt insbesondere für die mögliche Verlegung des in dem Antrag (vgl. Anlage 1) benannten Ortes.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen:  
Enthaltung:  
Ungültige Stimmen:

**Tagesordnungspunkt 12**

**Überarbeitung Standortkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Antrag der CDU-Fraktion**

**Vorlage: 2024/202**

**Sitzungsverlauf:**

Herr Dierk von Essen stellt zu Beginn der Beratung den eingereichten Antrag der CDU-Fraktion noch einmal umfassend vor und macht darauf aufmerksam, dass es der Fraktion in erster Linie darum geht, die Potenzialstudie hinsichtlich der Flächenkriterien zu konkretisieren, um eine transparente und verlässliche Grundlage für zukünftige Entscheidungen zu schaffen, sodass eine geordnete und nachhaltig Nutzung von regenerativen Energien möglich wird. Er betont, die Energiewende in der Gemeinde Rastede weiter mitgestalten zu wollen, jedoch nicht um jeden Preis.

Herr Henkel stellt im Nachgang anhand einer Präsentation (Anlage 3 zur Niederschrift) die bisher umgesetzten beziehungsweise in den Gremien behandelten Freiflächenphotovoltaikanlagen, die sich auf das gesamte Gemeindegebiet verteilen, vor. Darüber hinaus weist er auf die rechtlichen Grundlagen hin, wobei er betont, dass neben dem Standortkonzept insbesondere die Bauleitplanung und das Baugenehmigungsverfahren unter anderem mit den erforderlichen naturschutzfachlichen Gutachten wirksame Steuerungselemente für die Gemeinde darstellen. Im Übrigen berichtet er, dass bislang rund 40 Anfragen beziehungsweise Anträge von Investoren eingegangen sind, wovon auf Grundlage der Potenzialanalyse sowie der rechtlichen Rahmenbedingungen ein bis zwei Dutzend Investoren ihre Bewerbung zurückgezogen oder seitens der Verwaltung eine Absage erhalten haben.

Im weiteren Verlauf werden seitens der Ausschussmitglieder einige Verständnisfragen gestellt und von Herrn Henkel beantwortet.

Auf weitere Nachfragen aus der Mitte des Ausschusses erläutert Herr Henkel, dass die Standortpotenzialstudie keinen verpflichtenden Charakter hat, sondern lediglich eine Orientierungshilfe für die Ratsgremien darstellt, die in der Folge über jeden einzelnen Antrag entscheiden.

Herr Segebade erinnert daran, dass das Integrierte Klimaschutzkonzept von allen Fraktionen im Rat beschlossen wurde und im Zuge der letzten Krisen die Notwendigkeit des Aufbaus einer nationalen Energieversorgung allseits gesehen wurde. Dessen ungeachtet zeigt er Verständnis für die Sorgen und Nöte betroffener Anlieger, weist aber auch darauf hin, dass der Rat seine Hausaufgaben gemacht hat und letztendlich über jedes zur Rede stehende PV-Projekt im Einzelfall entschieden wird.

Herr Hoffmann führt aus, dass die erneuerbaren Energien substanziellen Raum benötigen, um die formulierte Klimaneutralität bis 2040 erreichen zu können. Er weist ebenfalls darauf hin, dass das Standortkonzept für Freiflächenphotovoltaikanlagen lediglich eine Orientierungshilfe darstellt und über die verbindliche Bauleitplanung entschieden wird, ob und inwieweit entsprechende Vorhaben umgesetzt werden können.

Herr Lehnert stellt vor dem Hintergrund der Diskussion die Frage, ob überhaupt eine Potenzialstudie erforderlich ist, oder ob es nicht besser wäre, jedes angedachte Projekt in den Ratsgremien als Einzelfall zu betrachten. Vor diesem Hintergrund und den Ausführungen im Antrag sieht er gute Gründe für eine intensive Auseinandersetzung und Überarbeitung der Potenzialstudie.

Herr Henkel bemerkt, dass das Standortkonzept der Gemeinde Rastede bereits gute Anhaltspunkte beziehungsweise Hilfestellungen für mögliche Investoren geliefert hat und es daher nicht zielführend ist, jede mögliche Interessensbekundung separat in den Ratsgremien zu beraten, ohne jedenfalls Grundbedingungen abgestimmt zu haben.

Herr Bakenhus spricht sich ebenfalls gegen eine Überarbeitung des bislang bewährten Standortkonzeptes aus, zumal damit auch erneut nicht unerhebliche Kosten verbunden wären.

Herr Dierk von Essen dankt der Verwaltung für die umfassende Aufarbeitung der Thematik, bemerkt jedoch ergänzend zu seinen eingangs gemachten Ausführungen, dass aus seiner Sicht zu erwarten ist, dass perspektivisch noch mehr Investoren Interesse an Flächen in der Gemeinde Rastede haben, sodass insgesamt mehr Transparenz erforderlich ist und die Bevölkerung stärker mit eingebunden werden sollte. Vor diesem Hintergrund stellt er den bereits schriftlich eingereichten Antrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, das Standortkonzept für Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Gebiet der Gemeinde Rastede aus dem Jahr 2022 zu überarbeiten.*

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Kammer über den Antrag abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

**Tagesordnungspunkt 13**

**Anfragen und Hinweise**

**Straßenraumgestaltung**

Herr Bakenhus erkundigt sich, wann die im Herbst beratene Straßenraumgestaltung für das Quartier rund um die Straßen Diedrich-Freels-Straße, Sophienstraße, An der Bleiche und An Hagendorffs Busch zur weiteren Beratung vorgelegt wird.

Herr Henkel gibt zu verstehen, dass zwischenzeitlich die Anliegerversammlung durchgeführt wurde und erste konkrete Pläne voraussichtlich im Mai oder Juni im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen vorgestellt werden.

**Weitere Sitzungstermine**

Auf Nachfrage von Herrn Dierk von Essen hinsichtlich einiger angedeuteter Sitzungstermine im Frühjahr erklärt Herr Henkel, dass nach derzeitiger Planung für den 28.04. ein Ausschuss für Klima- und Umweltschutz sowie am 05.05. und 16.06.2025 jeweils ein Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen vorgesehen ist. Ein aktualisierter Terminplan wird derzeit mit den übrigen Geschäftsbereichen koordiniert und den Ratsmitgliedern alsbald zugestellt.

**Abrundungssatzung in Loy**

Frau Fisbeck bittet um Auskunft hinsichtlich des Planungsstands zur vorgesehenen Abrundungssatzung im Bereich der Braker Chaussee in Loy.

Herr Henkel verweist zunächst auf die seit einiger Zeit angespannte Personalsituation und gibt bezüglich des Planungsstands zu verstehen, dass zwischenzeitlich ein Entwässerungsantrag beim Landkreis Ammerland gestellt wurde, sodass nach einem positiven Bescheid in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses, gegebenenfalls bereits im Mai oder Juni, die Thematik weiter erörtert werden kann.

**Tagesordnungspunkt 14**

**Einwohnerfragestunde**

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an die Verwaltung zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Ersten Gemeinderat beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 – Fabrikweg
- Genehmigung eines Bauvorhabens im Außenbereich
- Projekt Solarpark Grüner Weg
- Erinnerungskultur – Kulturpfad Ammerland
- Umsetzung des Denkmals „Displaced Persons“ in den Hauptort

**Tagesordnungspunkt 15**

**Schließung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 19:18 Uhr.